

Droht dem Britischen Pfund ein neuer „Schwarzer Mittwoch“?

Inflation und Abwertung

Seit der Finanzkrise 2008 hat sich der Wechselkurs des Pfundes fast halbiert: Zu Wochenbeginn gab es nur noch 1,16 Dollar dafür. Die britische Inflationsrate kletterte im August auf 10,1 Prozent – die höchste Geldentwertung der vergangenen 40 Jahre. Am 16. September 1992 mußte das Pfund sogar das Europäische Währungssystem EWS verlassen. Verbunden mit dem „Schwarzen Mittwoch“ ist George Soros, der damals angeblich allein die Bank von England (BoE) in die Knie zwang. Doch das Ganze ist komplizierter. Premierministerin Margaret Thatcher hatte sich 1990 überreden lassen, das Pfund zu einem überhöhten Kurs in das EWS eintreten zu lassen.

Es war ein politisches Zeichen, daß der postkoloniale wirtschaftliche Abstieg vorüber war: 1976 mußte der Weltwährungsfonds (WWF) die einstige Leitwährung (Inflationsrate 1975: 24,2 Prozent) retten, 14 Jahre später war die Wirtschaft dank Reformkurs saniert. Das Pfund konnte der D-Mark im EWS auf Augenhöhe begegnen. Doch die Folgen des zu hoch angesetzten Mittelkurses von einem Pfund zu 2,95 D-Mark ähnelten dem Beitritt der DDR-Mark zur D-Mark oder dem Eintritt der südeuropäischen Währungen in den Euro: Divergenz von Preisen und Wettbewerbsfähigkeit führen zu Kapitalflüssen, im Euro in Form von Target-2-Salden, im EWS als schrumpfende Devisenreserven. Es reicht, die Devisenreserven zu beobachten, um eine Abwertung vorherzusehen.

Das EWS hatte die letzte Wechselkursanpassung 1987 – trotz steigender D-Mark-Zinsen in Folge der Wiedervereinigung. Die Quittung war eine dramatische Währungsabwertung. Die steigenden Zinsen hatten die britische Wirtschaft hart getroffen: wegen kurzer Zinsbindung explodierten die Privatinsolvenzen. Eine Abwertung war

der einzige Ausweg, der EWS-Austritt eine politische Konsequenz. Richtig ist, daß die aggressiven Währungsgeschäfte des Quantum Fund, von Soros rechter Hand Stanley Druckenmiller umgesetzt, die unausweichliche Abwertung beschleunigten. Soros verdiente eine Milliarde Dollar und zahlte Druckenmiller einen Bonus von 100 Millionen – den gleichen Betrag, den John Paulson nach der Hypothekenkrise

2007/08 seiner rechten Hand Paolo Pellegrini für Gewinne von 18 Milliarden Dollar zahlte. Aber die schnelle Abwertung sparte auch Devisenreserven. Hätte die BoE den überhöhten Pfundkurs noch länger verteidigt, wären ihre Reserven noch schneller geschrumpft.

Umgekehrt kommt eine Studie zu dem Schluß, daß eine noch frühere Abwertung mindestens zwei Milliarden Pfund gespart hätte. Doch für die antikapitalistischen Verschwörungsmysterien spielen solche Überlegungen keine Rolle. Soros ist und bleibt der böse Spekulant, der die Währungskrise verursachte und der BoE das Genick brach. In den vergangenen Jahren war es hingegen ruhig auf den Devisenmärkten. Die synchrone Nullzinspolitik der großen Währungsblöcke stabilisierte die Wechselkurse, von kleineren Ausreißern wie beim Schweizer Franken 2015 abgesehen.

Doch damit ist es jetzt vorbei. Der japanische Yen schwächelt. Yuan (Renminbi) und Hongkong-Dollar werden nach dem Parteitag der KP Chinas Abwertungskandidaten sein. Auch das Pfund steht wieder einmal unter Druck. Zuletzt fiel es gegenüber dem Dollar auf den tiefsten Stand seit 1985. Noch zögert die BoE, die zweistellige Inflation einzudämmen, indem sie so wie die amerikanische Fed durch Zinserhöhungen die Nachfrage abwürgt. Eine längere Pfundschwäche ist so vorprogrammiert.



von
Thomas Kirchner

„Das Auseinanderstreben von Preisen und Wettbewerbsfähigkeit führt zu Kapitalabflüssen.“

Die panische Angst der EZB vor einer „Stabilisierungsrezession“

Keine Entwarnung

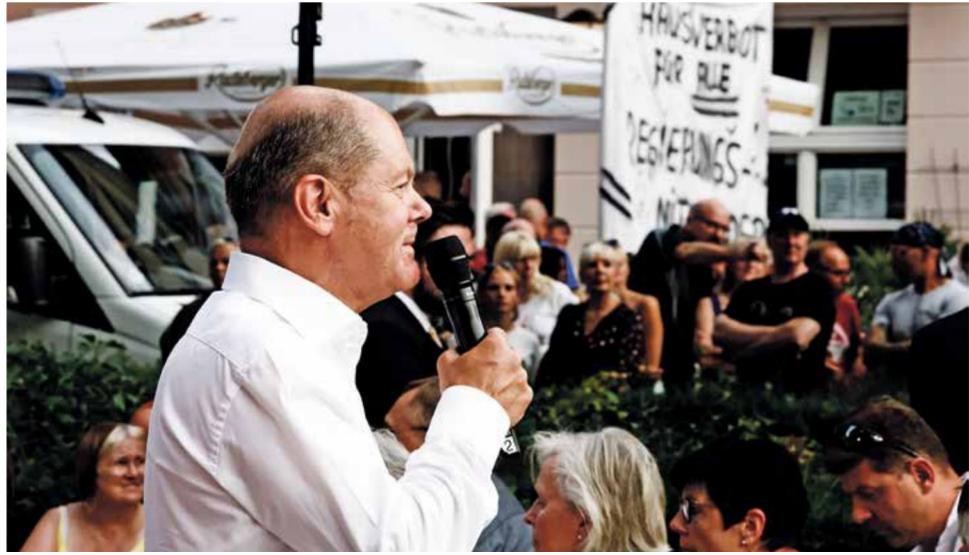
Von **Thorsten Polleit**

Der EZB-Rat hat den Leitzins am 8. September um 0,75 Prozentpunkte angehoben. Mit diesem „großen“ Zinsschritt liegt der Hauptrefinanzierungszins nun bei 1,25 Prozent. Das ist immer noch viel zu niedrig, wenn man bedenkt, daß im August 2022 die Güterpreis-inflation im Euroraum bei 9,1 Prozent lag. Der Realzins – also Nominalzins minus Inflation – liegt folglich bei fast minus acht Prozent – eine Katastrophe für alle Sparer und Geldhalter. Leider gibt es auch künftig keine Entwarnung.

Der preistreibende Geldmengenüberhang im Euroraum liegt bei schätzungsweise 14 Prozent. In eben dieser Größenordnung dürfte auch die Güterpreis-inflation künftig noch zulegen – zusätzlich zur Geldmengenerhöhung, die noch erfolgen wird. Doch warum endet die Inflationspolitik nicht? Vermutlich ist die EZB bemüht, einen „Trade-off“ zu spielen: Auf die Hochinflation nicht mit zu raschen Zinserhöhungen reagieren, damit die Euro-Konjunktur nicht zu stark abkippt; die Zinsen etwas anheben, aber nicht so stark, daß die marode Finanzlage vieler Staaten eskaliert. Politisch gesehen verständlich, doch dies bringt die Gefahr, daß die Hoch-

inflation hartnäckig wird – weil die Marktakteure dann erkennen, daß die EZB ihrem Inflationsziel nicht uneingeschränkt Vorrang einräumt, und entsprechend steigen ihre Inflationserwartungen. Die EZB-Räte hoffen wohl, die Hochinflation in den Griff zu bekommen, ohne dafür die gefürchtete „Stabilisierungsrezession“ herbeiführen zu müssen: einen starken Rückgang der Wirtschaftsleistung, durch den die Erwartung steigender Inflation gebrochen und das Vertrauen der Marktakteure in künftig niedrige Inflation wiederhergestellt wird.

Das wäre volkswirtschaftlich ein schmerzvoller Weg, auf dem Firmenpleiten und Arbeitslosigkeit unvermeidlich sind. Doch mit Hochinflation ist nicht zu spaßen. Je länger sie andauert, desto größer werden die Schäden, die sie verursacht, und desto schwieriger und teurer wird es, sie wieder loszuwerden. Man darf Zweifel haben, daß es ausreichen wird, die Hochinflation im Euroraum zu beenden, wenn der EZB-Rat ihr mit seiner Zinspolitik nur hinterherläuft. Die Chancen, daß man letztlich um eine Stabilisierungsrezession herumkommt, sind recht gering. Die wirkliche Nagelprobe für den Euro steht erst noch aus.



Bürgerprotest gegen Kanzler Olaf Scholz in der Prignitz: Reicht die Energiepauschale von 300 Euro aus, um den Volkszorn im kommenden Winter zu beruhigen?

Selbstfinanzierte Hilfgelder

Wirtschaftskrise: Entlastungen bei Angebotsengpässen führen zu weiteren Preissteigerungen

DIRK MEYER

Das dritte Entlastungspaket sei „von seinem Umfang größer als die ersten beiden zusammen“, sagt Bundeskanzler Olaf Scholz. Zu den bisherigen 30 Milliarden kämen weitere 65 Milliarden Euro hinzu. Damit ist der Regierung der soziale „Inflations-Friede“ fast doppelt so teuer wie die Landesverteidigung (50,4 Milliarden Euro). Doch die Details sind unbekannt, die Finanzierung ist in Teilen ungelöst. Hinzu kommt ein spezielles Problem der Verwaltung, denn die kann laut Finanzminister Christian Lindner (FDP) derzeit nur 100.000 Überweisungen pro Tag vornehmen. Es fehlen die rechtlichen Voraussetzungen für direkte Zahlungen an die Bürger, bei denen Steuernummer und Bankverbindung zu kombinieren sind – man arbeite daran.

Die Inflation – im August 7,9 Prozent, nach dem EU-Preisindex HVPI 8,8 Prozent – frißt seit Monaten die Kaufkraft auf. Bezogen auf den privaten Konsum sind es voraussichtlich 115 Milliarden Euro, die 2022 an Kaufkraft verlorengehen. Das durch die Euro-Abwertung verschlechterte reale Austauschverhältnis (Terms of Trade) von Export- und Importgütern und die Energiepreissteigerungen führen zu einem Abfluß der Einkommen an das Ausland. Allein durch die Preiserhöhungen bei Öl und Gas gehen über 70 Milliarden Euro zusätzlich an die Lieferländer – etwa an Rußland, das damit seinen Krieg finanziert (JF 36/22).

Sozialer Ausgleich, Sparanreize und Belastung des Staatshaushaltes

Deutschland wird hingegen ärmer. Ein Inflationsausgleich ist gerade für einkommensschwache, finanziell überforderte Haushalte ein Gebot der Solidarität. Denn diese geben relativ hohe Anteile ihres Einkommens für Nahrungsmittel und Energie aus, die überdurchschnittlich vom Preisanstieg betroffen sind. So waren gegenüber dem Vorjahresmonat im August laut Statistischem Bundesamt Nahrungsmittel um 16,6 Prozent sowie Haushaltsenergie und Kraftstoffe um 35,6 Prozent teurer – trotz des damals noch geltenden „Tankratts“.

Entscheidend hierbei ist jedoch das Wie der Hilfen. Sozialer Ausgleich, Anreize zur Energieeinsparung und die Belastung des Staatshaushaltes sind

in Einklang zu bringen. Um Einsparmöglichkeiten zu entdecken und wahrzunehmen, ist es wichtig, daß die Signalwirkung hoher Preise bei Knappheit für alle spürbar bleibt. Zur zielgerichteten Unterstützung wären deshalb einkommensgestaffelte Pauschalzahlungen oder Anpassungen des Einkommensteuertarifs zugunsten einkommensschwacher Haushalte vorzuziehen. Während der Tankratt durch die Absenkung der Energiesteuer den Kraftstoff trotz Verknappung verbilligte und die Nachfrage deshalb weniger rückläufig war, ist der beschlossene pauschale Energiepreisausgleich von 300 Euro ökonomisch sinnvoller, da er nicht in die Preisgestaltung eingreift. Zudem ist der Verwaltungsaufwand gering.

Allerdings fehlt ein Bedürftigkeitskriterium, und die persönlichen Verhältnisse wie die Wohnsituation (Fläche, Dämmung) und Heizenergieerträge werden nicht berücksichtigt – eine relativ teure „Gießkanne“. Der von der Haushaltsgröße abhängige einmalige Heizkostenzuschuß für Wohngeldempfänger (415 Euro, zwei Personen 540 Euro, für jede weitere 100 Euro) ist insofern ein gewisser Fortschritt. Problematisch bleibt die vollständige Heizkostenübernahme von Hartz-IV-Empfängern durch die Jobcenter, soweit der Verbrauch angemessen ist. Hier wäre ein Pauschalbetrag in Anlehnung an die Stromkostenpauschale sinnvoller.

Auch könnte ein Ausgleich der Mehrkosten auf 80 Prozent des vergangenen Gasverbrauchs eines Haushaltes begrenzt werden, damit Sparanreize weiterhin bestehen bleiben. Eine Gaspreisgarantie (Preisdeckel) für den Grundbedarf eines Haushaltes verbindet Effizianzanreize und Entlastung, soweit der Basisverbrauch entsprechend gering angesetzt wird. Die Abrechnungsdaten liegen den Gasversorgern vor, die ihrerseits die subventioniert abgegebene Grundmenge der Bundesnetzagentur zwecks Ausgleichszahlung darlegen müssen.

Allerdings führt ein Inflationsausgleich bei Angebotsengpässen automatisch zu weiteren Preissteigerungen. Auch bei der Energiepauschale von 300 Euro fließen bei einem durchschnittlichen Anteil am verausgabten Einkommen von 9,7 Prozent für Nahrungsmittel und 10,4 Prozent für Brenn-/Kraftstoffe zirka 60 Euro zusätzlich in diese Verwendungen. In beiden Fällen treiben die staatlichen Zahlungen indirekt die dortigen Preise weiter nach oben. Je umfangreicher der Staat die Bürger von der Inflation entlastet, desto mehr wiedererlangte Kaufkraft trifft auf krisenbedingte Kapazitätsengpässe infolge des Krieges und des Arbeits-

kräftemangels. Im Ergebnis würden alle Preise so weit anziehen, bis die Kaufkraft bei dem kurzfristig begrenzten Güterangebot wieder entsprechend gesunken ist. Keiner wäre entlastet, allerdings würde eine Inflationsspirale in Gang gesetzt. Deshalb ist es wichtig, nur die wirklich bedürftigen Haushalte zu unterstützen – zu Lasten der nicht berücksichtigten Gruppen. Für diese kommt dann neben dem Kaufkraftverlust durch Inflation ein weiterer durch Steuererhöhungen (weniger Netto vom Brutto) hinzu. Es bleibt die Erkenntnis, daß der Staat die Inflationslasten lediglich umverteilen kann, nicht jedoch zu beseitigen in der Lage ist.

Inflationsbedingte Mehreinnahmen von über 46 Milliarden Euro

Was zudem weitgehend verschwiegen wird: Die staatlichen „Gaben“ sind in erheblichem Umfang selbstfinanziert. Die Prognose der Bundesbank vom Juni sagt 7,1 Prozent Inflation und ein reales Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent für das Gesamtjahr 2022 vorher. Eigene Berechnungen auf dieser Annahme und Fortschreibungen weisen inflationsbedingte Mehreinnahmen für die Mehrwertsteuer von 22,8 Milliarden Euro und für die Lohn-/Einkommenssteuern von 22,6 Milliarden Euro aus. Dabei ist bereits berücksichtigt, daß die Tarifeckwerte im Einkommensteuertarif angepaßt werden, um eine „kalte Progression“ zu verhindern.

Außerdem erhebt der Staat seit 2021 eine CO₂-Abgabe (Brennstoffemissionshandelsgesetz), die national Einnahmen in Höhe von 7,2 Milliarden Euro erzielt. Bei einer zwanzigprozentigen Erhöhung des CO₂-Festpreises in diesem Jahr wird das Aufkommen nochmals zu geschätzten Mehreinnahmen von rund 1,4 Milliarden Euro gegenüber 2021 führen. Da die Verbrauchssteuern überwiegend mengenbezogen erhoben werden, ändert die Inflation ihr Aufkommen nur unwesentlich. In der Summe ist das „Entlastungspaket“ damit zu 46,8 Milliarden Euro an inflationsbedingten Steuerzahlungen selbst finanziert. Schließlich weiß auch die Regierung, daß punktuelle Sozialtransfers oder Steuererlässe – „Wir lassen niemanden allein“ (Kanzler Scholz) – psychologisch positiv wirken, während eine gar nicht erst erhobene Steuer bei gleicher Entlastungswirkung unsichtbar bleibt.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

• GELD MUSS GELD BRINGEN •
Routinierter Futurstrader mit unfehlbarer Börsenhandlung - Gewinnttechnologie bietet hoch lukrative Beteiligung ab 250.000,- Euro
Bewährt + Sicher • microtrader@web.de

Preußische Gesellschaft
Berlin-Brandenburg e.V.

5. Oktober 2022, 19.00 Uhr
Prof. Markus C. Kerber
„Die EZB außer Kontrolle? Kann/will die EWU Geldwertstabilität wiederherstellen?“
Ort: im Capital Club am Gendarmenmarkt
10€ für Nichtmitglieder und Anmeldung bitte per Email
bender@preussen.org, Mobil 01739313437

Rechtsanwalt
Hans-Helmut Fensterer

Unterwegs für Ihr Recht!
Meine Spezialgebiete:
Erbrecht • Familienrecht
Vereinsrecht • Verbands- und Stiftungsrecht
Alte Str. 34 • 67258 Hessheim
Tel. 0 62 33 / 7 04 03 • Fax - 7 03 22
recht@fensterer-ra.de

Wendelin Schlosser
„Kulturrevolution - Hass auf das Normale“
Die Deutschen kommen nicht mit Selbsthass zur Welt, sondern sie werden von Hasspredigern zum Selbsthass erzogen. Die vom Selbsthass zerfressenen Deutschen marschieren mit gefalteten Händen und geschlossenen Gesichten dem Abgrund entgegen.
ISBN 978-3-8372-2443-6
2021, 262 S., 19,80 €
August von Goethe Literaturverlag

Mutter's Bester Tropfen
Ein Kräuterbitter

...nach alter Familienrezeptur hergestellt.
Sie kennen ihn noch nicht? Gegen Einsendung dieser Anzeige zusammen mit Briefmarken im Wert von 2,20 € (Warenendung) erhalten Sie einmalig eine 0,04 l **Gratisprobe (JF)**
Mutter & Sohn
Postfach 3232
55022 Mainz
Tel (0 61 31) 33 46 60
Fax (0 61 31) 99 39 09
www.mutters-bester-tropfen.de

Karli fragt Karli

Wann ist Corona zu Ende?
Isch hoffe nie.
Lesen Sie: www.karlbraun.info und auf Karl Braun schreibt